

Archivalie des Monats, Ausgabe 7/2020

Bernhard Gericke und die Frage danach, wer eigentlich seinerzeit in die neugegründete „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ übersiedelte

von Maik Ullmann

„Können Sie aus Ihrer Erinnerung sagen, daß hier damals in dieser Stadt, die man doch so häufig als Nazi-Stadt bezeichnete, sehr viel parteipolitische Aktivität war, also viel Veranstaltungen, Umzüge und dergleichen gemacht wurden“, fragte der damalige Stadtarchivar Wolfsburgs, Bernhard Gericke, in einem erinnerungsgeschichtlichen Interview Berta Nientit, eine frühere Mitarbeiterin des städtischen Einwohnermeldeamtes. Diese musste verneinen: „Auf keinen Fall mehr als an anderen Orten. Gerade hier waren doch alle mit der harten Arbeit im Werk oder mit der ebenso anstrengenden Aufbauarbeit in der Stadt voll beschäftigt.“

Gericke hatte Nientit für das Interview – unsere Archivalie des Monats Juli –, das er am 3. Dezember 1969 mit ihr führte, ausgewählt, um sie über die Anfänge der Stadtverwaltung zu befragen. Der Stadtarchivar beteuerte Nientit gegenüber, die während des Zweiten Weltkrieges auch als Schreiberin des örtlichen BdM sowie der NSDAP-Ortsgruppe Wellekamp-Nord tätig war, das auf Tonband aufgezeichnete Gespräch würde zwar im Stadtarchiv Aufnahme finden, aber zunächst unter Verschluss bleiben. Möglicherweise sollte es mit weiteren Interviews als Quellenbasis einer zukünftig zu schreibenden Stadtchronik dienen. Eine Analyse der Interviews hat allerdings ergeben, dass Gericke anhand der Interviews versuchte, ein spezifisches Geschichtsbild zu konstruieren und seiner rechtsgerichteten Weltanschauung mit Hilfe der selbst produzierten Quellen Legitimation zu verschaffen. In den insgesamt 67 Gesprächen, die Gericke ab 1966 führte, werden zahlreiche Abschnitte der NS-Geschichte der „Stadt des KdF-Wagens“ beleuchtet – dies jedoch durchweg aus einer nicht anders als rechts zu verortenden Perspektive. Im Interview mit Berta Nientit versuchte Gericke einen vermeintlichen Mythos zu widerlegen: den der „Stadt des KdF-Wagens“ als NS-Musterstadt, in die allein überzeugte Nationalsozialisten gezogen seien. Denn Gericke hielt diese Deutung offenbar für eine nachträglich konstruierte Zuschreibung seitens der alliierten Siegermächte. In seiner eigenen Vorstellung war die „Stadt des KdF-Wagens“ alles andere als eine Musterstadt. Für diese Lesart suchte Gericke nach Belegen – die damalige Bevölkerungszusammensetzung sollte ein solcher sein. Die dafür notwendigen Beweise, so hoffte Gericke, sollte ihm Berta Nientit im Gespräch zuspielen.

Sprechen der damalige Stadtarchivar und seine Interviewpartnerin zwar auch über ihre Erfahrungen innerhalb der Verwaltung der „Stadt des KdF-Wagens“ sowie der frühen Nachkriegszeit, so bildet den Abschluss des Gespräches doch ein anderes Thema. Denn als Nientit erzählt, sie habe im Polizeiamt die Strafkartei geführt, wurde Gericke hellhörig; das Interview nimmt im weiteren Verlauf die Form eines Verhörs an: „Gut, daß Sie darauf kommen. Häufig sagt man doch – mehr oder weniger scherzhaft – das durchschnittliche Maß an Vorstrafen war bei der Bevölkerung der KdF-Stadt eindeutig höher als anderswo. Können Sie das bestätigen?“ Nientit konnte: „45%“ seien bei ihrer

Ankunft vorbestraft gewesen. Die Aussage spielte dem Archivar insofern in die Karten, als er ganz offenbar darum bestrebt war, nachzuweisen, wie wenig die tatsächliche Bevölkerung mit der vermeintlich mustergültigen Stadtplanung korrespondierte. „Würden Sie nun sagen“, insistierte Gericke, „daß man vielleicht auch politische Gegner des damaligen Systems nach hier abgeschoben hat aus anderen Teilen des Reichs?“ Hierauf musste die vermeintliche ‚Zeugin‘ Nientit verneinen, sollten doch „gerade die Garanten des Systems kommen“. Übereinkommend hielten Gericke und seine Interviewpartnerin dennoch fest, die Neuankömmlinge seien überdurchschnittlich „kriminell“ vorbelastet gewesen. Damit zeigte sich dann auch Gericke zufrieden, sah er doch als Folge seiner Befragung bestätigt, „was man so vielfach an Gerücht hört“. Damit zeigt sich auch in diesem Interview ein wiederkehrendes Merkmal seiner Interviewführung, nutzte er seine Gespräche doch immer wieder, um über seine eigenen Erfahrungen und Thesen mittels der Interviews zu bestätigen:

„Man kann also nicht sagen, daß die damalige Bevölkerung im ganzen [sic!] und im Durchschnitt eine positive Auslese gewesen ist. Aber das muß ergänzend gesagt werden: Die Beamten, die hierher kamen, und auch die Angestellten der neuen Verwaltung, die stellten zweifellos eine positive Auslese dar. Ich selbst habe in der Zeit, in der ich Ratsherr war, 1949, an der damals gesetzlich geforderten allgemeinen Überprüfung des Personals der Stadtverwaltung mitgewirkt, und wir haben, angefangen von der obersten Spitze, nicht einen einzigen Beamten gefunden, der nicht seine ordnungsgemäße Ausbildung und seine Laufbahnüberprüfung gehabt hätte. Niemand hat damals hier seine Stellung oder seine Beamteneigenschaft aufgrund einer politischen Verbindung mit der NSDAP, etwa als sog. ‚alter Kämpfer‘, bekommen. Natürlich kann man auch von der sonstigen Bevölkerung nicht sagen: Die Mehrheit von ihnen war vorbestraft, so etwas gibt es ja gar nicht. Die Vorbestraften sind immer eine Minderheit. Aber hier, in der damaligen KdF-Stadt, war diese Minderheit eben stärker als anderswo. Das ist also auch nach Ihren Angaben eine Tatsache. Die Zahl von 45%, die Sie nennen, liegt jedenfalls weit über dem Landesdurchschnitt.“

- 11 -

2644

N.: Auf keinen Fall mehr als an anderen Orten. Gerade hier waren doch alle mit der harten Arbeit im Werk oder mit der ebenso anstrengenden Aufbaubarbeit in der Stadt voll beschäftigt. Dazu kommt noch eins: Wer hier in die Stadt des KdF-Wagens kam, der war doch irgendwie vorher ein armer Mensch gewesen. Ich weiß doch Bescheid, denn ich habe ja im Polizeiamt auch die Strafkartei geführt.

G.: Gut, daß Sie darauf kommen. Häufig sagt man doch - mehr oder weniger scherzhaft - das durchschnittliche Maß an Vorstrafen war bei der Bevölkerung der KdF-Stadt eindeutig höher als anderswo. Können Sie das bestätigen?

N.: Absolut, das kann ich voll bestätigen. Ich habe die Strafkartei geführt, da gab es auf den Karteikarten "Reiter" verschiedener Art.

G.: Diese Reiter bedeuteten also Vorstrafen verschiedener Art, und wer keine Reiter hatte, war nicht vorbestraft.

N.: So war es.

G.: Und Sie wollen sagen, die meisten hatten Reiter?

N.: Nun, ich würde sagen: 45%. Natürlich handelte es sich meist um geringfügige Vergehen, also nicht etwa um Kapitalverbrecher, sondern meist um Betrug, Diebstahl, Urkundenfälschung, Unterschlagung o.ä.

G.: Würden Sie nun sagen, daß man vielleicht auch politische Gegner des damaligen Systems nach hier abgeschoben hat aus anderen Teilen des Reichs?

N.: Nein, hierher sollten ja gerade Garanten des Regimes kommen.

G.: Aber das Maß an rein kriminellen Belastungen und Vorstrafen war Ihrer Erinnerung nach überdurchschnittlich?

N.: Das war eindeutig der Fall. Ich weiß das ziemlich genau, denn wir haben damals ja eine Statistik darüber geführt. Ich habe damals mehrere solcher Statistiken führen und dann unter Verschluss halten müssen.

G.: Nun, Frau Nientit, es ist mir sehr interessant, daß Sie aus Ihrer exakten Kenntnis der Dinge das bestätigen können, was man so vielfach als Gerücht hört.

N.: Sicherlich kamen auch viele hierher, die von ihrer Firma abgeschoben wurden, weil sie zu häufig krank fehlten oder etwas arbeitscheu waren. }s

G.: Man kann also nicht sagen, daß die damalige Bevölkerung im ganzen und im Durchschnitt eine positive Auslese gewesen ist. Aber das muß ergänzend gesagt werden: Die Beamten, die hierher kamen, und auch die Angestellten der neuen Verwaltung, die stellten

- 12 -

- 12 -

285

zweifellos eine positive Auslese dar. Ich selbst habe in der Zeit, in der ich Ratsherr war, 1949, an der damals gesetzlich geforderten allgemeinen Überprüfung des Personals der Stadtverwaltung mitgewirkt, und wir haben, angefangen von der obersten Spitze, nicht einen einzigen Beamten gefunden, der nicht seine ordnungsgemäße Ausbildung und seine Laufbahnüberprüfung gehabt hätte. Niemand hat damals hier seine Stellung oder seine Beamteneigenschaft aufgrund einer politischen Verbindung mit der NSDAP, etwa als sog. "alter Kämpfer", bekommen. Natürlich kann man auch von der sonstigen Bevölkerung nicht sagen: Die Mehrheit von ihnen war vorbestraft, so etwas gibt es ja gar nicht. Die Vorbestraften sind immer eine Minderheit. Aber hier, in der damaligen KdF-Stadt, war diese Minderheit eben stärker als anderswo. Das ist also auch nach Ihren Angaben eine Tatsache. Die Zahl von 45%, die Sie nennen, liegt jedenfalls weit über dem Landesdurchschnitt. }s

N.: Viele kamen auch sicherlich aus Existenznot, d.h. aus Landschaften und Branchen, wo die Arbeitsbedingungen damals noch nicht so günstig waren wie hier. Ich denke z.B. an meine eigene Familie. Mein Schwager Rysopp arbeitete in meiner Heimat in meinem elterlichen Betrieb bei meinem Vater, der ja Maurermeister war. Herr Rysopp war kein gelernter Baufachmann, sondern machte die Büroarbeiten. Mein Vater nahm ihn in sein Geschäft auf, nachdem er sein Schwagersohn geworden war. Er stammte aus dem Rheinland, und meinem Vater, der ein typischer Schwabe war (schaffe, schaffe), war er nicht fleißig genug. Mein Vater kannte keinen Feiernabend und so kam es sehr bald zu Reibereien mit seinem Schwagersohn. Und das veranlaßte meinen Schwager, sich hierher zu bewerben. Er war wohl von Hause aus als Heizungsmoniteur ausgebildet und wollte sich nun hier eine bessere Existenz aufbauen, als es ihm dort in Weikersheim möglich war. Und ich hatte ja auch als Sechszehnjährige meine persönlichen Gründe, von Hause wegzugehen (hierüber hat Frau N. außerhalb des Gesprächs Genauseres erzählt). Auch mein Schwager hat zunächst im Volkswagenwerk gearbeitet. Er war drüben in der Galvanik, hat dort aber nur ein Jahr gearbeitet. Dann wurde er magenkrank, und dann konnte er die vakantgewordene Stelle als Kraftfahrer bei Bürgermeister Steinicke annehmen. Nach einigen Monaten wurde er aber eingezogen, und als er im Jahre 1948 oder 1949 aus der Gefangenschaft wiederkam, ging er in die Poststelle der Verwaltung. Dort hat er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst gearbeitet. Bei ihm waren es also familiäre Gründe - wenig verdient, Ärger mit dem Schwiegervater, kein Recht zur eigenen Meinung - die ihn veranlaßten, hierher zu gehen. Und ähnliche Gründe werden es bei manchen anderen gewesen sein. }s

G.: Als ich dann im Jahre 1942 einmal nach Hause fuhr und inzwischen meine Prüfung als Verwaltungslehrling bestanden hatte, da hat sich mein Vater dann auf mich sehr viel eingelassen, daß ich nun in der Verwaltung der Stadt des KdF-Wagens als Angestellte tätig war. }s

G.: Kommen wir nochmal zurück auf die Tage unmittelbar nach dem Umbruch. Damals war der größte Teil der Verwaltung im Schloß und die Wirtschaftsstelle, in der Sie arbeiteten, in der vorderen Baracke der Volksschule an der heutigen Heinrich-Heine-Straße, damals Ludendorffstraße, war nun die gesamte Verwaltung, mit Ausnahme

- 13 -

StadtA WOB, EB 4, Interview mit Berta Nientit vom 3. Dezember 1969

Laut Gericke waren es demnach einerseits Menschen, die gegen das Gesetz verstoßen hatten, sowie politisch unbelastete Beamte andererseits, die den Kern der damaligen städtischen Bevölkerung bildeten. Dass ihm ein Jahr zuvor Josef Wewer, einstiger Stadtoberinspektor der „Stadt des KdF-Wagens“, im Interview berichtet hatte, es seien nur wenige zur Arbeit bei Volkswagen in die Stadt gekommen, die ein längeres Strafregister vorzuweisen gehabt hatten, störte ihn nicht weiter.

Auch die Historiker Hans Mommsen und Manfred Grieger zeigen in ihrer Studie über die Arbeitskräfte des Volkswagenwerkes im „Dritten Reich“, wie sehr die verantwortlichen Personalern schon bei der Auswahl der Auszubildenden auf einen ideologisch einwandfreien Charakter achtgegeben hätten. Dass zu den sogenannten „Pionieren“ der Stadtgründungsjahre vielfach auch langjährige wie linientreue Nationalsozialisten zählten, die innerhalb der Partei und des Regimes Karriere gemacht hatten, hätte ihm über seine Zeitzeugengespräche eigentlich bekannt sein müssen, führte er doch solche unter anderem mit Werner Steinecke (Mitglied der NSDAP seit 1926, zweiter Bürgermeister der „Stadt des KdF-Wagens“) oder Robert Bartels (SS-Obersturmführer, Betriebsinspektor der Reichswerke „Hermann-Göring“). So zeigt sich, wie sehr Gericke darum bemüht war, Geschichte zu konstruieren – und eben nicht zu rekonstruieren.

Ansprechpartner:

Dr. Alexander Kraus

Projekt: Wolfsburg auf dem Weg zur Demokratie

Alle Rechte beim Institut für
Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS)

Goethestraße 10a, 38440 Wolfsburg

Telefon: +49.5361.275741 / E-Mail: alexander.kraus@stadt.wolfsburg.de